

# Deutschland hat Zukunft Schwarze Null halten – Investitionen stärken

---

**Mittwoch, 12.02.2020, 10:00 Uhr**

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Nachhaltig ertragbringende Investitionen: Aufgaben des Staates aus Sicht der Wirtschaft

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Füracker,

sehr geehrter Herr Professor Hüther,

sehr geehrter Herr Professor Potrafke,

sehr geehrte Gäste,

herzlich willkommen zu unserem Kongress!

Ich freue mich, dass Sie bei uns sind!

Wir alle sind uns sicher einig: Unser Land hat eine Generalüberholung nötig.

Überlastete Straßen, baufällige Brücken, marode Schulen und fehlende Netze in Teilen Deutschlands verdeutlichen, dass der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf groß ist – bei der kommunalen und überregionalen Infrastruktur.

Das beeinträchtigt unser Wachstum.

Zudem sind unsere Klimaziele gefährdet. Denn mit dem Klimaschutz kommen weitere

Anforderungen an die Infrastruktur hinzu, die wir finanzieren müssen.

In dieser Situation fordern Stimmen – vor allem aus dem linken Lager – eine Abkehr vom Prinzip der „schwarzen Null“. Als vbw entgegenen wir, dass solide Staatsfinanzen die Basis unseres ökonomischen Erfolgs sind. Und wieder andere schlagen vor, dass wir den Investitionsstau über kreditfinanzierte Fondslösungen überwinden müssen.

Der heutige Kongress dient dem Ziel, die Diskussion über eine zukunftsorientierte Finanzpolitik in Deutschland voranzubringen.

Meine Damen und Herren,

unsere Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland basiert zu einem großen Teil auf einer Infrastruktur, die in die Jahre gekommen ist.

Auch wenn die öffentlichen Investitionen in den vergangenen Jahren schrittweise auf 2,4

Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen sind, reichen die Mittel in Zeiten des Klimawandels und der digitalen Transformation nicht aus, um den Bedarf zu decken: Das Institut der deutschen Wirtschaft schätzt, dass Deutschland in den nächsten zehn Jahren über 450 Milliarden Euro investieren muss, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Auch wenn die Steuereinnahmen derzeit weiter sprudeln und der Bundesfinanzminister zuletzt einen Überschuss in Höhe von 13,5 Milliarden Euro verbucht hat, können Bund und Länder die hohen Investitions-Erfordernisse aus den normalen Haushalten nicht leisten.

Noch komplizierter wird die Situation, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass nach jeder Erwartung insbesondere die Ausgaben für Verteidigung und Soziales in den nächsten Jahren weitere große Summen verschlingen werden.

Die implizite Staatsverschuldung, also die Verschuldung die auch zukünftige Verpflichtungen wie Pensionen mit einberechnet, hat mit 164 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bereits jetzt ein beängstigendes Ausmaß erreicht. Sie verringert den Spielraum für zukünftige Investitionen beträchtlich.

Die derzeit diskutierten Lösungsvorschläge sind sehr unterschiedlich:

- Professor Hüther, auf dessen Impulsreferat ich sehr gespannt bin, bringt einen auf zehn Jahre angelegten Zukunftsfonds ins Spiel. Entscheidende Maßgabe ist es hier, dass daraus getätigte Investitionen das Wachstumspotenzial in Deutschland heben.
- Die Grünen sprechen sich demgegenüber für einen Klimafonds aus, der sich unter

anderem aus vermiedenen Strafzahlungen speisen soll.

- Und der CSU-Landesgruppenvorsitzende Alexander Dobrindt setzt zur Finanzierung klimafreundlicher Technologien auf Anleihen der staatlichen KfW-Bankengruppe. Den Kleinanlegern soll eine Rendite von zwei Prozent garantiert werden.

All diese Vorschläge verdeutlichen, dass über den hohen Investitionsbedarf in Deutschland heute weitgehend Konsens besteht. Dies macht den Weg frei für eine sachliche Auseinandersetzung.

vbw Positionen

Meine Damen und Herren,

Investitionen in Infrastruktur und Bildung sind die Basis für künftiges Wachstum in unserem Land und stützen in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage zusätzlich die Konjunktur.

Der Rahmen, in dem der Staat handeln kann, ist allerdings begrenzt. Die wesentlichen Fiskalregeln – Maastricht, EU-Fiskalpakt und Schuldenbremse – begrenzen unseren Verschuldungsspielraum auf 0,5 Prozent des BIP. Das sind aktuell etwa 17,5 Milliarden Euro.

Der Bund darf davon eigentlich 70 Prozent nutzen, verzichtet aber auf diese Möglichkeit – aufgrund der „Schwarzen Null“. Die Länder haben keinen Verschuldungsspielraum, Kommunen und Sozialkassen nur einen sehr begrenzten. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass öffentliche Investitionen intelligent genutzt werden und sich rasch auszahlen.

Als vbw sind wir der Ansicht:

- Wir müssen weiter sparen und dort Ausgaben reduzieren wo man kann.
- Investitionen bringen dann nachhaltigen Ertrag, wenn sie verstetigt und verlässlich ausweitet werden. Nur dann kommen

Projekte auch wirklich voran. Beim Bund ist im vergangenen Jahr ein Haushaltsüberschuss liegen geblieben. So etwas darf sich nicht wiederholen!

- Wir müssen umsetzen bevor man an neues Geld denkt!
- Investitionen werden dann zum Erfolg, wenn Umsetzungshürden abgebaut und Planungsverfahren beschleunigt werden. Bund und Freistaat sind mit der Vereinfachung von planungs- und baurechtlichen Vorschriften derzeit auf dem richtigen Kurs. Wir müssen ihn beibehalten und das Tempo noch erhöhen!
- Investitionen sind dann konsensfähig, wenn die föderale Finanzordnung erhalten bleibt. Bayern kann nicht dafür aufkommen, marode Straßen in NRW zu sanieren oder das Bremer Bildungssystem zu reparieren. Nachhaltig investieren heißt nicht, die *starken* Länder zu *schwächen*!



- Investitionen bringen dann langfristige Rendite, wenn sie in Innovationen und Zukunftstechnologien fließen.
- Investitionen werden vor allem dann schnell zum Erfolg, wenn öffentliche Hand und Privatwirtschaft bei der Umsetzung von Infrastruktur-Projekten effizient zusammenarbeiten. Public-private-Partnerships können hier förderlich wirken.

Kurzum: Wer den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg Deutschland sichern will, muss dafür sorgen, dass öffentliche Investitionen schnell und zuverlässig umgesetzt werden und das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

Meine Damen und Herren,

beim Thema solide öffentliche Haushalte kann der Freistaat Bayern dem Rest Deutschlands Orientierung geben. Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser.

Ich will Ihnen das am Beispiel der Hightech-Agenda verdeutlichen, auf die Sie, lieber Herr Staatsminister, sicher noch näher eingehen werden.

Unbestritten befindet sich der Freistaat momentan in einer komfortablen finanziellen Situation und hat mehr Möglichkeiten als andere Länder. Bundesweit hat Bayern hinter Sachsen beispielsweise die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung. Dennoch stellen Klimawandel, digitale Transformation und der damit verbundene Umbau unserer Infrastruktur auch Bayern vor große Herausforderungen!

In dieser schwierigen Situation hat die Bayerische Staatsregierung einmal mehr bewiesen, dass sie die Zukunft des Standorts im Blick hat: Die *Hightech-Agenda* leistet einen fundamental wichtigen Beitrag zur Sicherung der bayerischen Wettbewerbsfähigkeit. Die Maßnahmen reichen vom Ausbau der digitalen

Infrastruktur bis zur Förderung der Künstlichen Intelligenz.

Zwar ist die Technologieoffensive mit einem geringeren Tempo beim Abbau der Staatsverschuldung verbunden. Angesichts der eminent wichtigen Wachstumsimpulse dieser Technologieoffensive beschreitet der Freistaat aber den richtigen Weg. Und ein Zinsrisiko geht Bayern auch bei diesem Kurs nicht ein.

Wir sehen das Investitionsvolumen der Hightech-Agenda in Höhe von zwei Milliarden Euro sehr gut angelegt. Die neuen Investitionen werden reichlich Dividende abwerfen! Dieses Programm ist ein Paradebeispiel dafür, wie öffentliche Investitionen getätigt werden müssen!

Meine Damen und Herren,

ich wiederhole mich gerne: solide Staatsfinanzen sind die Basis unseres ökonomischen Erfolgs.

Deshalb muss Deutschland an der Schuldenbremse, auf die Prof. Portrafke noch näher eingehen wird, festhalten. Und auch das Prinzip der schwarzen Null darf nicht infrage gestellt werden.

Gleichzeitig muss Deutschland bedarfsgerecht investieren. Das ist schwierig und kommt der Quadratur des Kreises nahe.

Aber Bayern hat gezeigt, dass es geht.

Wir setzen darauf, dass dieser bayerische Weg auch in anderen Ländern und Deutschland insgesamt als Anschauungsbeispiel dienen kann.  
Vielen Dank!